

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 2. Mai 2012 (IX/19),
von 14:00 Uhr bis 17:35 Uhr**

Vorsitz: Prof. Dr. Martin Benkenstein

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF	
Prof. Dr. Ralf Bill, AUF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, UMR	bis 14:30 Uhr
Prof. Dr. Horst Harndorf, MSF	bis 16:00 Uhr
Prof. Dr. Heinrich Holze, THF	
Prof. Dr. Gabriele Linke, PHF	
Prof. Dr. Wolfgang März, JUF	
Prof. Dr. Lienhard Pagel, IEF	ab 14:05 Uhr
Prof. Dr. Christiane Reitz, PHF	
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, UMR	i. V. für Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, UMR ab 14:20 Uhr
Prof. Dr. Hendrik Schubert, MNF	
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	
Sarah Grote, PHF	
Thea Riebe, WSF	
Sarah Sahl, IEF	
Merten Siegfried, MNF	
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Brigitte Müller, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
Dr. Arne Schoor, MNF	
Ursula Keßler, D2	
Andreas Tesche, D4	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Rektor
Dr. Mathias Neukirchen	Kanzler
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Prorektorin für Forschung und Forschungsausbildung
Prof. Dr. Stefan Göbel	Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation
Prof. Dr. Andreas Wree	Präsident Konzil
Prof. Dr. Elmar Mohr	Dekan AUF
Prof. Dr. Dirk Timmermann	Dekan IEF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan INF
Prof. Dr. Anja-Ursula Hücke	komm. Dekanin JUF
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski	Dekan PHF
Prof. Dr. Emil Chr. Reisinger	Dekan und Wissenschaftlicher Vorstand UMR
Prof. Dr. Susanne Homölle	Dekanin WSF
PD Dr. Heidi Reinholz	komm. Gleichstellungsbeauftragte
Prof. Dr. Christoph Perleth	Behindertenbeauftragter
Wera Pustlauk	StuRa
Florian Fröhlich	AStA
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator

Gäste:

Prof. Dr. Gustav Steinhoff	zu TOP 2a
----------------------------	-----------

Tagesordnung

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 4. April 2012 (IX/18)

Ia Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 2a Kenntnisaufnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur für Regenerative Medizin in der Herzchirurgie an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Senator Prof. Dr. Pagel, Koreferent
Prof. Dr. Steinhoff, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: IX/158
- 2b Kenntnisaufnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur für Neurodegeneration an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Senator Prof. Dr. Benkenstein, Koreferent
Prof. Dr. Guthoff, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: IX/161

I - Fortsetzung Regularien

- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Informationen des Rektorats/Anfragen an das Rektorat
- 5 Berichte aus der Arbeit der Senatskommissionen

II Haushaltsangelegenheiten

- 6 Umsetzung des Wirtschaftsplans 2012 für den Kernbereich der Universität Rostock (ohne UMR) auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfs des Landes M-V (Kapitel 0773)
Bericht: Kanzler
Vorlage: IX/156

III Angelegenheiten aus Studium und Lehre

- 7 Beschlussfassung über die Rahmenprüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge und die Begleitdokumente
Berichte: Prof. Dr. Göbel, Prorektor
stud. Senator Merten Siegfried
Vorlagen: IX/157, IX/160 (Änderungsantrag der studentischen Senatoren zum § 17 der RPO)

IIIa Strukturangelegenheiten

- 8 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung/Umwidmung der C3-Professur „Kulturtechnik und Gewässerregulierung“ in eine W2-Professur „Grünland und Futterbauwissenschaften“ an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Mohr, Dekan der AUF
Vorlage: IX/163

- 9 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Experimentelle Atmosphärenphysik“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik e. V. (IAP)
Bericht: Prof. Dr. Schubert
i. V. für Prof. Dr. Schick, Dekan der MNF
Vorlage: IX/162
- 10 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Physikalische Ozeanographie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW)
Bericht: Prof. Dr. Schubert
i. V. für Prof. Dr. Schick, Dekan der MNF
Vorlage: IX/166
- 11 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Dermatologie und Venerologie“ an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Prof. Dr. Reisinger, Dekan und wissenschaftlicher Vorstand der UMR
Vorlage: IX/164
- 12 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin“ an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Prof. Dr. Reisinger, Dekan und wissenschaftlicher Vorstand der UMR
Vorlage: IX/165
- 13 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Stiftungsprofessur „Naturheilkunde“ an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Prof. Dr. Reisinger, Dekan und wissenschaftlicher Vorstand der UMR
Vorlage: IX/159

IV Informationen

Der Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste sowie den Ehrengast Prof. Dr. Fiedler.

I Regularien

zu 1

Der Senat war mit 20, 21, 22, 21 resp. 20 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Die Mitglieder des Senats befürworteten die Aufnahme der nach Ablauf der Frist gemäß § 7 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung eingegangenen Anträge zu den Tagesordnungspunkten 2a, 2b und 8 bis 13.

Tagesordnungspunkt 7 wird vor Tagesordnungspunkt 6 behandelt.

Der Senat bestätigte gemäß § 7 Absatz 5 Satz 4 der Geschäftsordnung die endgültige Tagesordnung.

zu 2

Der Kanzler Dr. Neukirchen nahm Stellung zu der in der letzten Sitzung in TOP 4 hinterfragten Empfehlung der Stabstelle Berufungen auf Verleihung der Bezeichnung „Honorarprofessor“. Er verdeutlichte, dass die Stabstelle bei Anträgen auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin/außerplanmäßiger Professor“ oder „Honorarprofessorin/Honorarprofessor“ grundsätzlich und der Vollständigkeit halber die Voraussetzungen für beide Fälle prüft und dies vermerkt.

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 4. April 2012 (IX/18) wurde von den Mitgliedern des Akademischen Senats genehmigt.

Ia Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

zu 2a

Senator Prof. Dr. Harndorf berichtete als Koreferent über den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Regenerative Medizin in der Herzchirurgie“ an der Universitätsmedizin Rostock.

Er skizzierte das Verfahren und bezeichnete die Gutachten sowie die Entscheidungen der Berufungskommission und des Fakultätsrats als eindeutig. Er zeigte sich sehr erfreut über dieses zielorientierte, ambitionierte, straffe und ohne besondere Auffälligkeiten durchgeführte Verfahren. Prof. Dr. Harndorf dankte den Beteiligten für die hervorragende Arbeit.

Senator Prof. Dr. Stolz fragte nach der auf der Vorlage fehlenden Abstimmung im Fakultätsrat. Der Vorsitzende der Berufungskommission Prof. Dr. Steinhoff erklärte, dass die Abstimmung im Fakultätsrat einstimmig ausfiel.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 2b

Koreferent Senator Prof. Dr. Benkenstein informierte über den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W2-Professur „Neurodegeneration“ an der Universitätsmedizin Rostock. Formal gab es nichts zu beanstanden, die Verfahrensdauer erscheint jedoch deutlich zu lang. Als Besonderheit schilderte Prof. Dr. Benkenstein, dass die Berufungskommission ursprünglich eine andere als die jetzt vorliegende Reihung beschlossen hat. Nach einem Einspruch der Gleichstellungsbeauftragten wurde die Reihung geändert. Prof. Dr. Benkenstein hat daraufhin die Gutachten geprüft, und auf Basis des Reihungsgutachtens die nun vorgeschlagene Reihung als nachvollziehbar erachtet. Der Vorsitzende der Berufungskommission Prof. Dr. Guthoff erklärte die lange Verfahrensdauer mit der Erkrankung des ursprünglichen Kommissionsvorsitzenden. Prof. Dr. Guthoff begründete außerdem noch einmal die Reihungsentscheidungen.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

I Regularien - Fortsetzung

zu 3

Der Vorbehalt zur Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Erziehungswissenschaft (Allgemeine Pädagogik)“ an der PHF aus der Sitzung am 7. März 2012 kann weiterhin nicht aufgehoben werden. Die Antwort des Bildungsministeriums zur Frage hinsichtlich der Auslegung des § 58 Absatz 3 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes steht trotz mehrfacher Nachfrage noch aus. Der Kanzler rechnet jedoch mit einem positiven Ergebnis.

Der Vorsitzende erinnerte an die Anhörung des Akademischen Senats zur Satzung der Universitätsmedizin Rostock am 7. März und die Bitte an den Rektor, die Anregungen des Senats im Aufsichtsrat zu vertreten. Der Rektor berichtete, dass er die Vorschläge des Senats in die Diskussion zur Satzung eingebracht hat. Im Ergebnis wird nun je ein Studierendenvertreter der Fachschaft

Humanmedizin und der Fachschaft Zahnmedizin beratend in die Strukturkommission aufgenommen. Beratende Mitglieder im Aufsichtsrat wird es nicht geben. Der Aufsichtsrat kann jedoch grundsätzlich Personen mit beratender Funktion zur Sitzung hinzuziehen. In Belangen von Studium und Lehre sind daher die Vertreter der Universität gefordert, Studierendenvertreter zur Aufsichtsratssitzung einzuladen.

Der Rektor bestätigte auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass das Rektorat nach der am 4. April 2012 erfolgten Anhörung des Senats die Einrichtung der Lehramtsstudiengänge zum WS 2012/2013 beschlossen hat.

zu 4

Allgemeine Informationen des Rektorats sind dem Protokoll als Anlage beigelegt. Ergänzend führte der Rektor aus, dass die Stelle des Dezernenten für das Dezernat 2 zum 1. Oktober 2012 mit Dr. Jan Tamm, derzeit Geschäftsführer des Dekanats der Universitätsmedizin, besetzt wird. Das Besetzungsverfahren für die Stelle der Dezernentin/des Dezernenten für das Dezernat 3 war leider nicht erfolgreich. Es muss erneut ausgeschrieben werden.

Zu der vom Rektor vorgestellten Liste der Leistungsbezüge der W-Professorinnen/Professoren fragte Senator Prof. Dr. Schubert nach, wie groß der finanzielle Restspielraum für künftige Berufungen ist. Der Rektor erwiderte, dass nicht zuletzt das Urteil des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012 zur W2-Besoldung der Professoren in Hessen zu Unwägbarkeiten führt. Prof. Dr. Schubert fragte weiter nach, ob es möglich ist, zumindest im Vorfeld von Berufungsgesprächen darüber informiert zu werden, welche Berufs- und Leistungszulagen gewährt werden können. Der Kanzler erläuterte, dass der Vergaberahmen und der Personalhaushalt voneinander unabhängig sind. Der Vergaberahmen ist weitestgehend gesichert. Es ist jedoch schwierig, für jede einzelne Berufungsverhandlung Aussagen zu treffen. Im September dieses Jahres erfolgt eine diesbezügliche Auswertung mit dem Bildungsministerium. Danach können präzisere Auskünfte erteilt werden. Senator Tesche ergänzte, dass die entsprechenden Informationen dann in der Dekanerunde erfolgen werden. Zudem können die Fakultäten in den gemeinsamen Besprechungen über den jeweiligen Stand informiert werden. In jedem Fall wird die Anregung von Prof. Dr. Schubert aufgenommen.

Der Vorsitzende empfahl eindringlich, die Statistik nicht nach weiblichen und männlichen Zulagenempfängern aufzuteilen, da in bestimmten Fakultäten Rückschlüsse auf die Person gezogen werden könnten.

Die Leistungsbezüge der W-Professorinnen/Professoren mit Stand vom 1. Januar 2012 wurden vom Senat zur Kenntnis genommen.

Der Rektor berichtete außerdem, dass gemäß dem Urteil des Arbeitsgerichts kein Arbeitsverhältnis zwischen der Universität und dem Prorektor für studentische Angelegenheiten vorliegt. Das Bildungsministerium sieht zudem keine rechtliche Grundlage für eine Aufwandsentschädigung. Einzige Möglichkeit zur finanziellen Honorierung des Prorektors für studentische Angelegenheiten ist ein Antrag an den Finanzausschuss, der schon einmal positiv beschieden worden ist, was nach Auskunft des Bildungsministeriums aber ein Einzelfall war. Der Rektor betonte, dass das Rektorat an dem Amt des Prorektors für studentische Angelegenheiten festhält. Er erklärte, dass eine Ausschreibung des Amtes unter den Bedingungen, dass eine Beurlaubung während der Amtszeit nicht möglich ist und max. 20 Stunden/Woche für das Amt aufgewendet werden, durchaus machbar ist. Prof. Dr. von Wensierski, Dekan der PHF, regte eine Diskussion über die Beibehaltung des Amtes an. Der Vorsitzende erbat hierzu eine Vorlage des Rektorats und ein Meinungsbild der Senatskommission Strukturfragen, so dass in der kommenden Senatssitzung eine Aussprache über das Für und Wider des Amtes erfolgen kann.

Senatorin Dr. von Oeynhausen betonte nachdrücklich, dass die Vakanzhaltungsverpflichtung am Institut für Physik nicht umgesetzt werden kann. Betroffen ist hier vor allem der Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der Folge würde die Forschungsarbeit darunter leiden. Der Kanzler entgegnete, dass als Diskussionsansatz die Frage nach der theoretischen Erbringung der Vakanzverpflichtung dient. Bereits hier gibt es Schwierigkeiten in der PHF und in

der MNF. Mit der MNF ist bereits ein Gesprächstermin vereinbart, bei dem gemeinsam nach einer Lösung gesucht wird. Das Grundproblem ist jedoch immer noch die nicht ausreichende Grundfinanzierung.

zu 5

Die Senatskommission Strukturfragen hat nicht getagt.

Die Senatskommission Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlicher Nachwuchs hat die Organisation des Forschungscamps am 20. Juni 2012 fortgesetzt. Zudem wurde die Überlegung, wie exzellente Forschung mit nicht ausreichender Grundfinanzierung bewerkstelligt werden kann, als künftiges Beratungsthema definiert.

Die Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation hat in dritter Lesung die Rahmenprüfungsordnung behandelt.

Die Senatskommission Haushalt, Personal, Bau hat über den Personalhaushalt 2011 und 2012 und die weitere Entwicklung bis 2014 beraten.

Die Auswahlkommission Universitätsrat hat sechs Persönlichkeiten ausgewählt, die dem Senat in der Junisitzung vorgestellt werden. Der Senat entscheidet dann über die Aufnahme in den Wahlvorschlag für die Wahl des Universitätsrats im Konzil.

Die Ausschreibung für die Stelle der Rektorin/des Rektors ist gemäß dem Beschluss des Senats veröffentlicht. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Mai 2012. Die Auswahlkommission Rektorin/Rektor wird in der Junisitzung einen kurzen Überblick geben. In der Julisitzung entscheidet der Senat dann über die zur persönlichen Vorstellung einzuladenden Bewerberinnen/Bewerber.

III Angelegenheiten aus Studium und Lehre

zu 7

Der Vorsitzende erläuterte, dass zu dem Antrag des Prorektors für Studium, Lehre und Evaluation zur Beschlussfassung über die Rahmenprüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge an der Universität Rostock sowie über die Begleitdokumente ein Änderungsantrag der studentischen Senatoren zur Aufnahme einer Freiversuchsregelung in die Rahmenprüfungsordnung vorliegt. Er schlug vor, zunächst den Änderungsantrag zu behandeln. Sollte dieser befürwortet werden, wird die Rahmenprüfungsordnung an den Antragsteller zurück verwiesen, um die dann notwendigen Änderungen einzuarbeiten. Bei Ablehnung des Änderungsantrags wird die Rahmenprüfungsordnung zur Beschlussfassung gestellt. Der Senat erklärte sich mit dem Prozedere einverstanden.

Zunächst berichtete Senator Prof. Dr. Pagel von den Beratungen in der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation. Die Kommission hat in insgesamt elf Sitzungsstunden 51 Entscheidungen gefällt. Die Kommission hat zum Teil zusammen mit der Senatskommission Strukturfragen beraten. Hier ist zu bemerken, dass die Mitglieder der Strukturkommission kein Stimmrecht erhielten, da in erster Linie die Studiendekaninnen und Studiendekane an der Entscheidungsfindung beteiligt sein sollten. Die Kommission hat die Rahmenprüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge und sämtliche Begleitdokumente behandelt und versucht, die unterschiedlichen Interessenlagen zu berücksichtigen.

Stud. Senator Siegfried stellte den Änderungsantrag der studentischen Senatoren vor. Er betonte, dass den Studierenden grundsätzlich daran gelegen ist, die Prüflast in den Fakultäten zu minimieren. Den Freiversuch abzuschaffen ist jedoch der falsche Weg. Studierende der Bachelor- und Masterstudiengänge sind einer hohen Prüflast ausgesetzt, die zu einer starken psychischen Belastung führt. Der Freiversuch hingegen reduziert diesen Druck. Zudem wird für einen

Masterzugang ein gutes Bachelorzeugnis erwartet. Hier bietet sich durch die Verbesserungsoption beim Freiversuch eine Möglichkeit positiv einzuwirken. Herr Siegfried erklärte weiterhin, dass mit dem Freiversuch die Abbrecherquote sinken wird, da gerade Studienanfänger die Prüfungsanforderungen nicht einschätzen können und hier eine Regulierungsmöglichkeit besteht. Der Freiversuch wirkt sich demnach positiv auf die Studierbarkeit und die Zufriedenheit der Studierenden aus.

Er schlug vor, anstatt den Freiversuch zu streichen, die Anzahl der Prüfungen zu reduzieren und nur Kernkompetenzen zu prüfen. Er appellierte inständig an den Senat, das Anliegen der Studierenden zu unterstützen.

Prorektor Prof. Dr. Göbel erläuterte, dass bereits die Arbeitsgruppe Rahmenprüfungsordnung die Thematik abgewogen und sich gegen die Aufnahme des Freiversuchs entschieden hat. Eine Verringerung der Prüfungslast durch den Freiversuch ist nicht belegbar. Zudem ist bei 2/3 der bisherigen nach den alten Prüfungsordnungen durchgeführten Verbesserungsversuche keine Verbesserung zu verzeichnen. Bei den anderen sind Verbesserungen in so geringem Umfang zu vermerken, dass der von beiden Seiten zu leistende Prüfungsaufwand nicht gerechtfertigt ist. Prof. Dr. Göbel argumentierte an dieser Stelle auch mit der Vakanzhaltungsverpflichtung, die bei der zusätzlichen Prüfungslast der Prüfenden durch den Freiversuch noch schwerer wiegt. Zuletzt machte er darauf aufmerksam, dass das Prüfungsverwaltungssystem eine Kontingentierung des Freiversuchs nicht abbilden kann.

Die nachfolgende Diskussion wurde intensiv und kontrovers geführt. Im Vordergrund stand dabei die von beiden Seiten bestätigte hohe Prüfungsbelastung der Studierenden. Dem entgegen wurden Zweifel an der Verringerung des Arbeitsaufwands durch die Aufnahme des Freiversuchs deutlich. Zudem wurde angeregt, die vom Gesetzgeber ermöglichten Instrumente, z. B. Prüfungen ohne Benotung, stärker zu nutzen. Im Verlauf der Diskussion ergänzten die studentischen Senatoren ihren Antrag dahingehend, dass im Falle der Inanspruchnahme des Freiversuchs eine zweite Wiederholungsprüfung ausgeschlossen ist.

Da der Wortlaut des Antrags zur Änderung der Rahmenprüfungsordnung nicht rechtskonform ist, wird – mit Zustimmung der Antragsteller – über die Aufnahme eines kontingentierten Freiversuchs in die Rahmenprüfungsordnung mit Verbesserungsoption abgestimmt.

Die Aufnahme eines kontingentierten Freiversuchs mit Verbesserungsoption in die Rahmenprüfungsordnung i. S. des Änderungsantrags der studentischen Senatoren (IX/160) wurde vom Senat gemäß § 11 Absatz 8 der Geschäftsordnung des Senats abgelehnt. Der Antrag wird in einer zweiten Lesung in der kommenden Senatssitzung abschließend beraten.¹

Beschlusnummer: 139 (IX/160)

Abstimmungsergebnis: 10*/11/0

* davon vier von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

Im Anschluss wurde die Rahmenprüfungsordnung auf Vorschlag des Vorsitzenden paragraphenweise beraten.

In § 2 Absatz 3 Satz 1 muss vor dem Wort „Muttersprache“ das Wort „nicht“ ergänzt werden. Der Antrag des studentischen Senators Siegfried zur Streichung von § 2 Absatz 4 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 6/14/0

¹ In Abstimmung mit dem Justitiariat hat der Vorsitzende des Akademischen Senats die Abstimmung als eine Entscheidung gemäß § 11 Absatz 8 der Geschäftsordnung gewertet. (siehe E-Mail vom 4. Mai 2012)

In § 3 Absatz 3 Satz 1 muss vor dem Wort „Muttersprache“ das Wort „nicht“ ergänzt werden. Senator Prof. Dr. Bill beantragte die Streichung von § 8 Absatz 3 Satz 2 und das Hinzufügen einer Formulierung, die sinngemäß enthält, dass „die Prüfungsergebnisse aus den Prüfungsordnungen der Prüferin/dem Prüfer ausgehändigt, von dieser/diesem gegengezeichnet und an das jeweilige Prüfungsamt zur Aufbewahrung zurückgegeben werden.“ Der Antrag wurde befürwortet.

Abstimmungsergebnis: 18/1/1

Stud. Senatorin Sahl beantragte nach § 14 Absatz 1 Satz 1 folgenden Satz sinngemäß einzufügen: „Der Rücktritt kann sanktionsfrei bis 14 Tage vor der Prüfung erfolgen.“ Dem Antrag wurde nach einer divergenten Diskussion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9/5/6

Senator Tesche bat darum, in § 18 Absatz 1 die offiziell geführte Bezeichnung für die Behindertenbeauftragte/den Behindertenbeauftragten aufzunehmen.

In § 24 Satz 1 wird die doppelt aufgeführte Wortgruppe „wird der Kandidatin/dem Kandidaten“ gestrichen.

Die Rahmenprüfungsordnung wurde vom Senat gemäß § 11 Absatz 8 der Geschäftsordnung des Senats abgelehnt. Die Rahmenprüfungsordnung wird mit den vom Senat bestätigten Maßgaben zu den § 2 Absatz 3, § 3 Absatz 3, § 8 Absatz 3, § 14 Absatz 1, § 18 Absatz 1 und § 24 in einer zweiten Lesung in der kommenden Senatssitzung abschließend beraten.

Beschlusnummer: 140 (IX/157)

Abstimmungsergebnis: 13/7*/0

* davon vier von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

Nachfolgend wurden die Begleitdokumente und als erstes der Modularisierungsleitfaden zur Diskussion gestellt. Die Anregung von Senator Prof. Dr. Stolz, hier die Reduzierung der Prüfungslast als Ziel zu definieren, wurde nach kurzer Aussprache und mit dem Hinweis, dass bereits ein Maximum für die Prüfungsbelastung dargelegt ist, nicht weiter verfolgt. Ansonsten wurde der Leitfaden als hervorragende Arbeitsgrundlage gelobt.

Die Richtlinie für Standards zur Modularisierung und für die Gestaltung von Curricula (Modularisierungsleitfaden) wurde vom Senat gemäß § 11 Absatz 8 der Geschäftsordnung des Senats nicht angenommen. Der Modularisierungsleitfaden wird in einer zweiten Lesung in der kommenden Senatssitzung abschließend beraten.²

Beschlusnummer: 141 (IX/157)

Abstimmungsergebnis: 14/0/6*

* davon vier von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

Das Eckpunktepapier zur Verfahrensregelung zur Genehmigung von Prüfungs- und Studienordnungen wurde ohne Aussprache vom Senat beschlossen.

Beschlusnummer: 142 (IX/157)

Abstimmungsergebnis: 20/0/0

² Siehe Fußnote 1 auf Seite 7

Auch das Eckpunktepapier zur Verfahrensregelung zur Änderung von Modulbeschreibungen fand die Zustimmung des Senats.

Beschlusnummer: 143 (IX/157)
Abstimmungsergebnis: 20/0/0

Das Eckpunktepapier für das Muster für die Studiengangsspezifischen Prüfungs- und Studienordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge (SPSO-Ba/Ma) wurde vom Senat gemäß § 11 Absatz 8 der Geschäftsordnung abgelehnt. Das Eckpunktepapier SPSO-Ba/Ma wird in einer zweiten Lesung in der kommenden Senatssitzung abschließend beraten.³

Beschlusnummer: 144 (IX/157)
Abstimmungsergebnis: 14/0/6*

* davon vier von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

Abschließend führte der Prorektor Prof. Dr. Göbel auf Nachfrage des studentischen Senators Siegfried aus, dass die Fakultäten zur Rahmenprüfungsordnung angehört wurden. Die Beschlussfassung obliegt ausschließlich dem Senat.

II Haushaltsangelegenheiten

zu 6

Der Kanzler erläuterte ergänzend zu der Vorlage über die Umsetzung des Wirtschaftsplans 2012 für den Kernbereich der Universität Rostock (ohne UMR) auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfs des Landes MV (Kapitel 0773), dass es sich, aufgrund des noch nicht vom Land beschlossenen Haushaltsplans 2012/2013, um eine vorläufige Planung handelt. Die Senatskommission Haushalt, Personal, Bau hat der Ressourcenverteilung zugestimmt. Die vom Bildungsministerium zugesagten 1,5 Prozent Aufwuchs in der Grundausrüstung sind berücksichtigt. Es wurde das neue von der Senatskommission bestätigte Mittelverteilungsmodell angewandt.

In der nachfolgenden Diskussion wurde aus den Reihen des Senats Unverständnis geäußert, dass die Hochschulpaktmittel als Haushaltsmittel gerechnet werden und nicht kapazitätserweiternd eingesetzt werden können. Prof. Dr. Wensierski, Dekan der PHF, machte darauf aufmerksam, dass der PHF dadurch 25 Prozent weniger Mittel zugerechnet werden. Senator Tesche merkte an, dass der Einsatz von Sondermitteln nicht die zu geringe Grundausrüstung ersetzen kann. Dies hätte als Ausgangspunkt aufgeführt werden können. Zudem hielt er die Begründung zur Aufrechterhaltung der leistungsorientierten Bezahlung für missverständlich.

Die Mitglieder des Senats monierten, dass das angewandte Mittelverteilungsmodell nicht im Senat vorgestellt wurde. Der Kanzler sicherte zu, dass das Mittelverteilungsmodell und die Hochschulpakt-Problematik in der Junisitzung des Senats erörtert werden.

Die Überlegung, den Tagesordnungspunkt aufgrund des noch nicht präsentierten Mittelverteilungsmodells zu vertagen, wurde mit dem Hinweis auf die bereits erfolgten Zuweisungen zurückgewiesen.

Prof. Dr. Schmitz regte an, beim Bildungsministerium wiederholt die nicht ausreichende Grundfinanzierung anzumahnen. Ein geordneter Studienbetrieb ist so nicht machbar. Die Senatskommission Strukturfragen wird beauftragt, eine entsprechende Erklärung für die kommende Senatsitzung zur Abstimmung vorzubereiten. Der Rektor fügte hinzu, dass es ein diesbezügliches Gespräch zwischen Kanzler, Rektor und Bildungsministerium im Juni 2012 geben wird. Danach sollen Vertreter des Bildungsministeriums in die Dekanerunde eingeladen werden.

Im Ergebnis der Debatte nahm der Senat die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

³ Siehe Fußnote 1 auf Seite 7

IIIa Strukturangelegenheiten

zu 8

Der Dekan der AUF Prof. Dr. Elmar Mohr schildete die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung/Umwidmung der C3-Professur „Kulturtechnik und Gewässerregelung“ in eine W2-Professur „Grünland und Futterbauwissenschaften“ an der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät. Hintergrund ist die Zielvereinbarung der Fakultät mit dem Rektorat. Die Professur ist ein Bindeglied zwischen den Forschungsschwerpunkten Pflanze und Tier.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 9

Prof. Dr. Schubert informierte über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Experimentelle Atmosphärenphysik“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik e. V. (IAP). Die zukünftige Stelleninhaberin/der zukünftige Stelleninhaber ist hauptamtlich beim Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik Kühlungsborn als Abteilungsleiterin/Abteilungsleiter tätig. Der Umfang der Lehrauslastung an der Universität entspricht der Kooperationsvereinbarung.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 10

Prof. Dr. Schubert berichtete über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Physikalische Ozeanographie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW). Er erklärte, dass die Vorlage nicht dem aktuellen Stand entspricht. Dr. Gaßmann, Leiterin der Stabsstelle Berufungen, erläuterte, dass es bei der Besetzung der Berufungskommission einige Änderungen gab. Da keine Aussage über die endgültige Zusammensetzung der Berufungskommission getroffen werden konnte und auch keine Eilbedürftigkeit erkennbar war, zog Prof. Dr. Schubert in seiner Eigenschaft als Prodekan der MNF die Vorlage zurück. Die Vorlage muss in aktualisierter Fassung erneut vom Rektorat beim Senat eingereicht werden.

zu 11

Der Dekan und wissenschaftliche Vorstand der UMR Prof. Dr. Reisinger informierte über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Dermatologie und Venerologie“ an der Universitätsmedizin Rostock. Es handelt sich hier um eine Nachbesetzung, die aufgrund des altersbedingten Ausscheidens des jetzigen Stelleninhabers nachbesetzt werden soll. Stud. Senator Siegfried fragte nach dem fehlenden Studentenvertreter in der Berufungskommission. Prof. Dr. Reisinger erwiderte, dass die Fakultät beim Fachschaftratsrat bereits angefragt hat. Der studentische Vertreter wird nachnominiert.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 12

Die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Professur „Klinische Chemie und Laboratoriumsmedizin“ an der Universitätsmedizin Rostock wurde ebenfalls von Prof. Dr. Reisinger vorgestellt. Die Professur wird aufgrund des altersbedingten Ausscheidens des Stelleninhabers nachbesetzt.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 13

Prof. Dr. Reisinger schilderte außerdem die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W3-Stiftungsprofessur „Naturheilkunde“ an der Universitätsmedizin Rostock. Die Professur ist seit Dezember 2002 besetzt, jeweils für eine Stiftungszeit von fünf Jahren. Die zweite

Förderperiode endet nun und der Stifterkreis hat sich aufgrund des Erfolges bereit erklärt, weitere fünf Jahre zu finanzieren. Die Professur war zu Beginn einmalig in Deutschland, mittlerweile haben einige Medizinische Fakultäten nachgezogen. Der studentische Vertreter in der Berufungskommission wird von der Fachschaft nachnominiert. Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

IV Informationen

Die Wahlleiterin Frau Oppermann erinnerte daran, dass die Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen am 7. Mai 2012 um 15:00 Uhr endet. Bis dahin müssen die Wahlvorschläge im Wahlamt eingegangen sein. Sie bat alle Universitätsmitglieder um rege Beteiligung.

Der Rektor lud alle Interessenten ein, jetzt zur Blütezeit dem Botanischen Garten einen Besuch abzustatten.

bestätigt:

gez.
Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats

Protokoll:

gez.
Wenke Friske-Saß
Referat 1.2

Anlage

Information des Rektorats

Information des Rektorats an den Akademischen Senat

- Senatssitzung am 2.5.2012 –

- **Unterrichtung des Senats über die Vergabe der Leistungsbezüge**

Gemäß Satzung über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen sowie Forschungs- und Lehrzulagen an der Universität Rostock vom 15.4.2012 ist der Akademische Senat jährlich über die Vergabe der Leistungsbezüge zu unterrichten.

Die entsprechende Informationsvorlage vom Personaldezernat befindet sich in der Anlage.

- **Einweihung einer Forschungshalle für die MSF am 13.4.2012**

Auf dem Campus Südstadt wurde am 13.4.2012 der 572 Quadratmeter große Neubau einer Forschungshalle für die Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik offiziell eingeweiht. Das Investitionsvolumen betrug gut drei Millionen Euro.

Ganz direkt profitieren von der Forschungshalle sechs von 21 Lehrstühlen an der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik, die in die Planung des Neubaus intensiv eingebunden waren und spezifisch ausgewiesene Teilflächen erhalten: Strömungsmaschinen, Konstruktionstechnik / Leichtbau, Meerestechnik, Schiffstechnische Konstruktion, Konstruktionstechnik / CAD und Fertigungstechnik.

Weitere Informationen: [PM vom 13.4.2012](#)

- **Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz am 23.4.2012 und Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz am 24.4.2012 in Hamburg**

Die HRK-Jahresversammlung findet zum Thema „Die Krise des Euro und die Zukunft des Wissenschaftssystems“ statt. In ihrem Rahmen wird auch der Ars legendi-Preis für exzellente Hochschullehre verliehen.

Die HRK-Mitgliederversammlung wählte den Präsidenten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), Prof. Dr. Horst Hippler, zum neuen Präsident der Hochschulrektorenkonferenz für die Amtszeit vom 1. Mai 2012 bis 31. August 2015.

Das Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat 11 Leitlinien zur Qualitätssicherung in Promotionsverfahren verabschiedet.

weitere Informationen: [HRK-Beschlüsse-2012](#)

Weiterhin hat sich die HRK-Mitgliederversammlung auf Leitlinien für die Gestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse mit wissenschaftlichem Personal verständigt.

weitere Informationen: [HRK-Beschlüsse-2012](#)

- **Lehrerprüfungsverordnung**

Das Bildungsministerium hat die neue Lehrerprüfungsverordnung am 23.4.2012 per Mail bekannt gegeben. Nach Auswertung aller Rückmeldungen aus den lehrerbildenden Instituten, dem ZLB, dem Sprachenzentrum und der Studierendenschaft hat das Rektorat am 25.4.2012 im Umlaufverfahren die Einrichtung der modularisierten Lehramtsstudiengänge und die Einstellung der „alten“ Lehramtsstudiengänge zum WS 2012/2013 beschlossen.

- **Universitätsverwaltung: Sachstand zu den Stellenbesetzungsverfahren Dezernent 2 und Dezernent 3**

mündlicher Kurzbericht: R und K